

Solidarität

Nummer 148

September 2020

unsere Chance

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

Covid-19-Auswirkungen:

„Jedem wird geholfen. Koste es was es wolle“! Wirklich? Und wer zahlt?



Jedem wird geholfen, koste es was es wolle. So lautet die Propaganda der türkis-grünen Regierung, von Kurz, Blümel, Nehammer, Kogler, Aschbacher, Schramböck, Köstinger, Anschöber usw. Doch die Wirklichkeit schaut anders aus. Die Regierung verfolgt im Interesse der Industrie, der Vermögenden und Reichen im Namen von Corona noch ganz andere Ziele.

* Die ÖVP ist der Industrie verpflichtet, der Wirtschaftskammer, der Großbauernlobby und ihren Großspender*innen. Die Grünen dürfen zur „Behübschung“, somit zum Machterhalt der immer autoritärer werdenden Kurz-Regierung herhalten.

* Das Auf und Ab der Verbote verunsichert mehr als es in der Sache hilft, erzeugt nur Unsicherheit, Angst und Ohnmacht – oder ist das gar beabsichtigt?

* Verfassungswidrige Covid-Gesetze – Strafandrohungen sollen die Menschen einschüchtern und an Angst und Ausnahmemaßnahmen gewöhnen.

* Grenzkontrollen, die „Schutzaktivität“ vortäuschen aber nichts bringen, außer 15-Stunden-Grenzstaus und Wut.

* Die ständige Kurz-Anschöber-Predigt von „Eigenverantwortung“ lenkt davon ab, wer tatsächlich geschützt wird: die Vermögenden und die großen Konzerne.

Fortsetzung Seite 2

Corona: „Licht am Ende des Tunnels“? Für wen?

Heidi Horten Erbin	931.000 €
Klaus Ortner Hauptaktionär des PORR-Baukonzerns	621.000 €
Stefan Pierer KTM-Eigentümer	437.000 €
Peter Mitterbauer ehem. Chef der Industriellenvereinigung	298.000 €

Quellen: ORF, ZIB2, Kurier, Kontrast, 2019

* **Neue, noch autoritärere Covid-Gesetze werden vorbereitet**, die bis zu einem generellen Ausgehverbot und Überwachung und Kontrolle durch die Polizei bis in die Privatwohnung hinein im Namen von Covid-19 berechtigen sollen und an den „Ostererlass“ 2020 erinnern, der durch einen Riesenaufschrei in der Bevölkerung zu Fall gebracht wurde. Das lässt vermuten, dass das damalige Vorhaben kein Ausrutscher, sondern ein Plan war, der jetzt rechtlich abgesicherter wiederkommen soll.

* **Mit Hilfe von Corona werden alte Vorurteile geschürt** und damit Ablenkungspolitik gemacht wie z.B. an Corona sind „die Chinesen“ schuld, die Steigerung der Corona-Infektionen kommt „vom Balkan“ (soll an Flüchtlingsströme und Balkanroute erinnern) oder in Österreich auftretende Corona-Cluster werden als z.B. „Somalia-Cluster“ bezeichnet, sprich „die Afrikaner“ schleppen den Virus ein.

* Das ist eine **Ablenkung von den Ursachen von Pandemien**. Verschleiert soll werden, dass Pandemien wie Corona ein Ergebnis der kapitalistischen Globalisierungswirt-

schaft sind mit ihrer weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur durch agro-industrielle und militärisch-industrielle Komplexe, zur Profitsicherung mit Billig-Massenproduktion, Massentierhaltung, Waldzerstörung, Umweltverschmutzung, Klimazerstörung, usw.).

* **Die Jugend wird pauschal zum neuen Sündenbock gestempelt** („Reißt's Euch z'samm“-Anshober), anstatt dass der Jugend eine Perspektive in Ausbildung, Bildung und Beruf geboten wird.

* **Die Einkommen der Masse der Menschen werden gekürzt** (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit), anstatt dass eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich vorgenommen und das nötige Geld bei den Konzernen, den Vermögenden und Reichen geholt wird, wo es angehäuft wird.

* **Die Corona-Held*innen werden beklatscht**, anstatt spürbar mehr Schutz und Geld für diese herzugeben. Das sagt mehr als tausend Kurz-Standard-Worthülsen.

* **Gesundheitssystem:** Die Regierung lobt sich, den Kollaps des Gesundheitssystems verhindert zu haben. Gleichzeitig stellt sie bislang weiterhin kein Geld für Pflege, Krankenkassen (ÖGK), AUVA, Pensionen bereit. Im Gegenteil, weiter wird vom „im System sparen“ geredet, d.h. in Wahrheit Kürzen bei Personal und Leistungen, auch wenn das immer in Abrede gestellt wird. Effekt: bewusstes Aushungern des Sozial- und Gesundheitssystems – Covid-19 hin oder her – um dann nach Kürzungen und Privatisierungen rufen zu können (*siehe dazu eigene Beiträge in dieser Ausgabe*).

* **Die Opposition beklagt und kritisiert**, dass die Regierung keinen Plan habe, doch das ist nur ein ganz kleiner Teil der Wahrheit. In Wirklichkeit missbraucht die Regierung gleichzeitig die Corona-Pandemie: vor allem zur Absicherung der Profite der Konzerne und zur „Marktbereinigung“. Die Geschäfte der pleitegehenden Firmen – die Wirtschaftskammer spricht von bis zu 20% der Unternehmen – werden dann die großen Firmen überneh-

men. Corona dient heute tagtäglich als Ablenkungsmanöver von der bereits in Folge der Finanzspekulationen von 2008 entstandenen Wirtschafts-, sprich Profitkrise.

* **Corona dient dem Kapital als Vorwand**, um alle Grauslichkeiten der Wirtschaftskrise auf die Menschen abladen zu können. Corona dient als Probegalopp dafür wie die Masse der Menschen auf diese Abwälzung und die Ausnahmegesetzgebung, auf Ausbau von autoritären Strukturen, Überwachungsstaat, Polizei und Militär reagiert und wie und ob die Menschen vom Rebellen gegen den Schutz der Konzerne durch die Regierung abgehalten werden können.

Dafür wurde Kurz von der Industrie mit einer in der zweiten Republik bisher nie dagewesenen Mediengleichschaltung zuerst mit den Blauen, dann nach deren Demontage nun mit den Grünen ins Kanzleramt befördert.

* **Licht am Ende des Tunnels**“ verkündete Kurz am 28. August 2020. Fragt sich nur für wen? Kommen soll eine schon öfters angekündigte Homeoffice- und Digitalisierungsoffensive. Wie damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen blieb unbeantwortet.

* **Durch Digitalisierung** – früher sagte man dazu Rationalisierung – werden massenhaft Arbeitsplätze „eingespart“. WIFO-Chef Badelt rechnet bis 2024 mit einer Arbeitslosenquote von mindestes 8 bis 10%.

* **Mit Homeoffice** werden Arbeitsplätze bestenfalls verschoben, aber keine zusätzlichen geschaffen. Zudem werden Homeoffice-Arbeitsbedingungen zugunsten der Unternehmer „flexibilisiert“, also jedenfalls für die Arbeitenden verschlechtert. Stichworte: Vereinbarkeit von Familie / Privatleben / Privatsphäre und Beruf. Wie funktionieren dann Krankenstand, Arbeitsaufzeichnungen und wie werden Überstunden im Homeoffice abgegolten? Wie steht es um die arbeitsrechtliche und betriebsrätliche Vertretung der Beschäftigten im Homeoffice, usw?

* **Angstmache:** Statt der klarer Weise Angst machenden Kurz-

Ankündigung vom März, dass 100.000 Menschen in Österreich an Corona sterben würden, sind bis Ende August 726 Menschen an Corona gestorben. Auf die Bevölkerung bezogen sind das 0,008%, bzw. knapp 0,9% aller Toten in Österreich. Mit Corona jemals infiziert sind 0,3% der Bevölkerung oder 26.600 Menschen. Auch ist bislang keine „Übersterblichkeit“ gegenüber Vor-Corona-Jahren nachweisbar. So widerlich diese „Vergleichsrechnung“ ist, so notwendig ist sie, weil die widerliche Toten-Angstmache von Kurz und die tägliche Totenzahlenmelderei in ständig dafür einberufenen Regierungs-Presskonferenzen das gesellschaftliche Klima in Österreich vergiftet, ja von den Kurz-Strategen geplant vergiften soll, um einen „starken Führer“ aufzubauen und nach dem Motto „teile und herrsche“ schalten und walten zu können.

*** Folgen der Angstmache:** Ärzte warnen, dass die schädlichen körperlichen Folgen von während dieser Zeit bis heute aus Angst nicht in Anspruch genommenen ärztlichen Hilfe und Spitalsbehandlungen noch gar nicht absehbar sind, ganz zu schweigen von den seelischen Folgen und den Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft wie Entsolidarisierung, Auspielen der Generationen gegeneinander, Vereinsamung oder Überlastung und Stress.

*** Arbeitslosigkeit:** Am vorläufigen Höhepunkt der Pandemie in Österreich waren fast zwei Millionen Menschen also fast die Hälfte der Arbeiter und Angestellten in Österreich arbeitslos (Einkommensverlust 45%) oder in Kurzarbeit (Einkommensverlust 10% bis 20%).

Jetzt sind es insgesamt noch immer rund eine Million Menschen – ohne denen gerechnet, die als sogenannte „stille Reserve“ gelten (rund 200.000 Menschen), erst gar nicht Arbeit suchen, weil sie keine Chance sehen bei rund 50.000 offenen Stellen österreichweit. Im kommenden Winter drohen die Arbeitslosenzahlen wieder stark anzusteigen. Und für die rund 300.000 sogenannten Einzelständigen bzw. Einpersonnenunternehmen (EPU), fehlt eine Absicherung für Auftragseinbrüche.

*** Arbeitszeitverkürzung:** Hat die türkis-grüne Regierung überhaupt ein ehrliches Interesse daran, die hohen Arbeitslosenzahlen, z.B. durch echte (z.B. 30-Stunden-Woche) statt kalte (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) Arbeitszeitverkürzung zu senken?



Nein! Jede und jeder Arbeitslose, drückt auf Gehalt und Lohn der noch in Erwerbsarbeit stehenden Menschen. Es erhöht und verstärkt damit enorm den Stress auch im Privatleben (Doppel- und Dreifachbelastung durch Beruf und Familie), sodass keine Zeit bzw. keine Energie für soziales oder politisches Engagement, für Widerstand bleibt.

Gleichzeitig werden Arbeitslose wieder als Schmarotzer an der Gesellschaft („Wer arbeiten will, findet Arbeit“) und als Schuldige für die Überbelastung der noch in Erwerbsarbeit stehenden hingestellt.

So wird wieder versucht, die Menschen auseinander zu dividieren und gegen einander aufzuhetzen, damit man die wahren Schuldigen, die Profiteure in Industrie und Politik, nicht sieht. Teile und herrsche ist auch hier das Motto.

*** ATB-Spielberg:** Großspurig hat Wirtschaftsministerin Schramböck ein Gesetz gegen den Ausverkauf von Österreichs Wirtschaft im Zuge von Corona angekündigt und Kanzler Kurz redet immer von „Österreich zuerst“. In Wirklichkeit wird die Schließung der ATB-Spielberg mit 360 Kündigungen und die Verlagerung ins Ausland von der Regierung stillschweigend zugelassen, oder wurden der deutschen Luft-hansa hunderte Millionen Euro ohne Garantien für die AUA nachgeschmissen, oder der Verkauf der Casinos Austria an Tschechien betrieben.

*** Bei den Massenkündigungen** wie zum Beispiel bei der voestalpine oder bei Swarovski, Casinos Austria, ATB, wird weggeschaut, das Zusperrern der Agrana-Zuckerfabrik in Leopoldsdorf in NÖ mit zu hohen Kosten begründet, während die ÖVP-Günstlinge im Raiffeisenkonzern sich 50 Millionen Euro an Dividenden zuschanzen.



*** Die Corona-Kurzarbeits-Fördergesetze** werden absichtlich so gemacht, dass zum Beispiel trotz Inanspruchnahme von Kurzarbeits-Steuergeldern, Millionenzahlungen an die Manager in Form von Boni und Dividenden an die Aktionäre (z.B. wie bei voestalpine, Strabag, AUA oder Agrana) möglich sind.

* **Das Arbeitslosengeld wird nicht erhöht**, trotz der höchsten Arbeitslosigkeit in der 2. Republik, wo Hunderttausende Menschen enorme Einkommensverluste haben, nicht wissen wie sie über die Runden kommen sollen. Durch die vorgezogene erste Etappe der Steuerreform werden die Niedrigsteinkommen am wenigsten entlastet. Gleichzeitig geben sich Kanzler Kurz und sein Finanzminister Blümel bei den Förderungen für die Konzerne höchst spendabel. Allein der Steuerausfall aus dem „Verlustrücktrag“ der den Unternehmern gewährt wird, macht 5 bis 6 Mrd. Euro aus. Weitere Milliarden für die Firmen laufen über einen neuerlichen „Investitionsfreibetrag“. Der größte Teil der Corona-Hilfsgelder, die sowieso die Masse der Bevölkerung über ihre Steuerzahlungen finanziert, ist jedenfalls nicht für die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen oder Pensionist*innen vorgesehen.

* **Die großen Unternehmen tragen nichts bei** zur Bewältigung der Corona-Folgen!

* **Geld wäre genug vorhanden!** Seit 2011 wurden laut einer AK-Untersuchung allein von den 20 an der österreichischen Börse gelisteten ATX-Unternehmen insgesamt 22,8 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet – das ist etwa so viel wie die Hälfte der geplanten 50 Mrd. Euro an Corona-Hilfen!



* **Verteilungsdebatte:** Dazu gibt Blümel frech von sich, dass es jetzt in der Krise ganz falsch wäre, eine Verteilungsdebatte zu führen, z.B. Vermögenssteuern einzuführen.

Angriff ist die beste Verteidigung denkt Blümel wahrscheinlich. Er will davon ablenken, dass alle Corona-hilfe-Milliarden zu 80% aus den Steuerzahlungen der arbeitenden Menschen stammen und nicht vom ach so „tüchtigen“ Finanzminister. Auch wenn jemand keine Lohn- oder Einkommensteuer bezahlt, weil er/sie so wenig verdient (11.000 Euro netto im Jahr!), also so wenig von den Unternehmern für seine Arbeitsleistung und für das Schaffen des Gewinns der Unternehmen als Lohn bzw. Gehalt bekommt, so zahlt er/sie über Massensteuern wie z.B. Mehrwert-, Mineralöl- oder Tabaksteuer sowie über Tarife und Gebühren in die Staatskasse, ins Budget ein.

* **Wer zahlt?** 80% aller Steuern stammen so von den sog. „unselbständig Erwerbstätigen“, nur und 13% von Unternehmen, nur rund 2% von Vermögenden und der Rest von „Sonstigen“.

Die reichsten 1% in Österreich besitzen 40% des Nettovermögens in Österreich.

Somit sind auch die Kurzarbeitsgelder für die Unternehmer natürlich kein Geschenk des Staates oder von Herrn Blümel, sondern von den arbeitenden Menschen selbst erwirtschaftet und finanziert. Aber besonders die großen Unternehmen jammern am meisten über Belastungen.

* **Abwälzung der Krisenlasten:** Damit das alles, die große „Marktbereinigung“ zwischen den Unternehmern, die

Umverteilung zu den Konzernen, die Abwälzung der Krise der Profitwirtschaft auf die Masse der Bevölkerung nicht sichtbar wird, wird derzeit alles und jedes mit dem Titel „Corona“ überschrieben – und kommt als „Hilfe für Gesundheit und Sicherheit“ oder als echte Drohung daher.

Da wird zeitweise auch schon manchen bürgerlichen Medien mulmig, wie der Leitartikel des „Kurier“ vom 22. August 2020 zeigt:



* **Mit „Sicherheit“ zum autoritären Staat.** Der Beweis für die Befürchtung ist das von Kurz eine Woche später am 28. August 2020 präsentierte Vorhaben, ein „Krisensicherheitsgesetz“ auszuarbeiten, damit Österreich gegen Pandemien, Terror- und Cyberangriffe gerüstet sei.

Letztlich geht es darum, Proteste gegen die Abwälzung der Krisenlasten zu unterbinden bzw. gesetzliche Mittel gegen solidarischen, massenhaften Widerstand in der Hand zu haben.

Kurz sagt, er schützt uns vor dem Corona-Virus.

Wer schützt uns vor dem „Kurz-Virus“, der zum autoritären Staat führt?

AUVA: Tod auf Raten?

Im Zuge von Corona hieß es immer wieder: Das Gesundheitssystem muss erhalten und ausgebaut werden. Wenn man aber z.B. auf die AUVA schaut, spielt sich im Hintergrund Gegenteiliges ab. Zuletzt ist die AUVA durch die Umzugspläne zugunsten der Wirtschaftskammer ins Gerede gekommen. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges der Pläne zur Zerschlagung der AUVA.

Betriebsrät*innen und Beschäftigte haben 2018 und 2019 massiv und erfolgreich gegen die Zerschlagung der AUVA protestiert. Mit Hilfe der ÖVP-FPÖ-Regierung konnten die Unternehmer die Senkung ihres AUVA-Beitrags durchsetzen. Seither warnen die AUVA-Beschäftigten davor, dass diese weitere Kürzungen nachteilige Folgen für die Patient*innen haben werden.

Nun stellen die schwarzen, von der Unternehmenseite gestellten AUVA-Chefs sowohl das REHA-Zentrum Weißer Hof in Klosterneuburg als auch Teile des Betriebes des UKH Lorenz-Böhler in Wien in Frage.

Der schon länger geplante, jetzt bekannt gewordene Zwangsumzug der Beschäftigten von der Wiener AUVA-Landesstelle und von der Hauptstelle in ein Haus der Wirtschaftskammer Wien ist nur die Spitze des AUVA-Zerschlagungs-Eisberges. „Kostensenkung“ und „Effizienzsteigerung“ sind nur ein Vorwand - in Wirklichkeit wird es teurer: Die Wirtschaftskammer wäre ein Zwischenprofiteur von millionenschweren Mietzahlungen der AUVA, bis eine neue Bleibe gefunden ist. Und nicht zuletzt dürften erhoffte profitable Immobiliengeschäfte mit freiwerdenden Gebäuden und vor allem Grundstücken der Hintergrund sein.

REHA-Zentrum Weißer Hof

Große Teile des REHA-Zentrums Weißer Hof sollen zum UKH-Meidling verlagert, die "mobile" Reha dort ausgebaut werden. Angeblich soll die coronabedingte Reduktion der Anzahl der Betten am Weißer Hof von 200 auf 140 beibehalten werden. Der Weiße Hof soll bis 2026 in der derzeitigen Form geschlossen werden, eine „Nachnutzung“ sei vorgesehen. Privatinteressen reiben sich schon jetzt die Hände. Die Pläne für private Baukonzerne, „Immobilienentwickler“ oder für einen (schon einmal von der

Bevölkerung abgelehnten) Golfplatz werden wieder gewälzt. Der Klosterneuburger Bürgermeister Schmuckenschlager (ÖVP) zieht als Beispiel einer Nachnutzung des Weißen Hofes das (private) „Gesundheitsressort Donaupark“ heran (Kurier, 29.7.20). Die von der letzten ÖVP-FPÖ-Regierung durchgeboxten "Einsparungen" sollen offensichtlich auf Kosten der Patient*innen gehen.

wichtig für die schnelle und erfolgreiche Behandlung und Heilung von Schwerstverunfallten ist. Jetzt wird das im UKH-Meidling zentralisiert. Für Beschäftigte, Gewerkschaft, Ärztekammer und prominente Ärzte ist das der Beginn vom Ende des LB-UHK und absolut schlecht für die Patient*innen und die bald Zwei-Millionen-Stadt Wien. Betten werden abgebaut, statt die hohe Behand-



Während FPÖ-Chef Hofer öffentlichkeitswirksam für den Erhalt des Weißen Hofes eintritt, macht der blaue Personalvertretungs-Statthalter in der AUVA mit den Schwarzen und der ÖVP-AUVA-Spitze für die Umzugspläne und das Aus des Weißen Hofes gemeinsame Sache.

UKH Lorenz Böhler

Im Jänner 2020 informierte die AUVA-Generaldirektion die Beschäftigten, dass es in Zukunft zu einer „Kooperation“ zwischen Lorenz-Böhler-Spital (LB-UKH) und anderen Krankenhäusern kommen soll. Schon 2016 war von einer „freiwilligen“ Rotation von Personal zwischen LB-UKH und UKH Meidling die Rede. Jetzt soll ab Oktober 2020 eine verpflichtende Rotation alle drei Monate beginnen und der Schockraum im LB-UKH praktisch geschlossen werden, der ganz

lungs- und Heilungsqualität zu erhalten und das Gesundheitssystem auszubauen. „Diese Rotation bringe keine ‚Verbesserung der Fachkenntnisse‘, wie es heißt, sondern führe ‚nur zur Zerstörung von gut eingespielten Teams und damit zu einem Qualitätsverlust.‘ Würden künftig große Operationen nur mehr in Meidling durchgeführt, könne das zu einem Verlust der OP-Kapazitäten und zur schlechteren Versorgung der Patienten führen“, so der Vizepräsident der Ärztekammer Wien, Wolfgang Weismüller (Kurier, 17.7.20).

Und der langjährige Leiter des LB-UKH von 1997 - 2014, Harald Hertz, sagt: „Mit dem langsamen Schließen des Lorenz Böhler tut man der Bevölkerung Wiens nichts Gutes. Stattdessen bräuchte das Lorenz Böhler engere Kooperationen, etwa mit der Klinik Donaustadt (ehemals SMZ Ost)“ (Profil, 29.7.2020).

Auch für die LB-UKH-Betriebsräte ist es untragbar, dass die Stadt das hervorragende Know-How des LB-UKH (Traumazentrum) angreift. Rudolf Silvan, Mitglied des AUVA-Verwaltungsrates, hat die Online-Petition „Rettet das Lorenz Böhler UKH gestartet:

<https://www.openpetition.eu/at/petition/online/rettet-das-lorenz-boehler-unfallkrankenhaus>. Ob das genügt?

Denn jetzt passiert vieles im Hintergrund. Umso mehr ist es wichtig, Beschäftigte und Bevölkerung offensiv aufzuklären. Hoffen auf die Paktfähigkeit von „schwarzen“ ÖVP-Unternehmerfunktionären in Wirtschaftskammer oder AUVA sind trügerisch, weil diese gegenüber den Begehrlichkeiten aus Industriellenvereinigung, privater Gesundheits- und Immobilienwirtschaft offen sind.

Denn die türkis-grüne Regierung und die ÖVP-Führung in der AUVA wollen die AUVA möglichst still und leise aushungern und so rechtzeitigen und wirksamen Widerstand gegen diese Pläne verhindern. Auch die Blauen in der AUVA machen mit der schwarzen AUVA-Spitze gemeinsame Sache. Wo bleibt der Aufschrei von SPÖ-Bürgermeister Ludwig und SPÖ-Gesundheitsstadtrat Hackl. Will auch die SPÖ-Spitze in Wien nur keinen Wirbel vor der Wien-Wahl. Nachher ist es zu spät. Oder hat man sich schon mit dem Wiener Wirtschaftskammerpräsident Ruck „verständigt“, also den Unternehmerbegehrlichkeiten nachgegeben?

Die AUVA soll zerstört werden

Die von der türkis-blauen Regierung durchgesetzte Senkung der AUVA-Unternehmerbeiträge um 150 Mio. Euro jährlich bedeutet weniger Budget für die Arbeit der AUVA. Das ist rund ein Zehntel des jährlichen AUVA-Gesamtbudgets. Einsparen kann die AUVA da praktisch nichts. Denn selbst wenn man den gesamten Verwaltungsbereich einsparen würde, für den 90 Millionen Euro aufwendet werden, geht das nicht. Eine weitere Senkung der Beiträge ist laut türkis-grünem Regierungsprogramm momentan nicht vorgesehen. Allerdings drängt die Industriellenvereinigung weiter massiv darauf. Allein durch den

coronabedingten Anstieg der Arbeitslosenzahlen sind der AUVA 2020 bislang weitere rund 100 Mio. Euro entgangen. Schon jetzt musste die AUVA daher Rücklagen auflösen, um ihrem Arbeitsauftrag (Prävention, Unfallbehandlung, Rehabilitation, Unfallrentenauszahlung) nachkommen zu können. Nur noch bis 2022 refundiert die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) für Leistungen an die AUVA. Zudem kommt, dass ÖVP-Kanzler Kurz immer wieder der AUVA die „Pflegeversicherung“ umhängen will. Dann gibt es noch mehr Einnahmefehl bei der AUVA und der Ruf nach weiteren „Einsparungen“ ist vorprogrammiert.



Trojanisches Pferd: AUVA-GmbH

Eines der wichtigsten, aber gleichzeitig am wenigsten öffentlich diskutierten Vorhaben der ÖVP-FPÖ-Regierung war die Installierung einer AUVA-GmbH. Diese soll bis 2021 die Krankenhäuser und Rehas der AUVA übernehmen. Derzeit wird dort das Personal zur Gänze von der AUVA überlassen. Aber ab einer gewissen Größe der GmbH (250 Beschäftigte) können mittels eines zu gründenden Aufsichtsrates neue Verträge, ein neuer Kollektivvertrag ausverhandelt und neue Geschäftsfelder geschaffen, diese auch am „freien Markt“ angeboten werden. Diese wären dann nach Bundesvergabegesetz ausschreibepflichtig. So könnten dann auch Krankenhausverwaltungen neu ausgeschrieben, sprich letztlich auch verkauft, privatisiert werden.

Während die AUVA derzeit noch nach gesetzlichem Auftrag die „bestmögliche Versorgung“ für die Patient*innen zu leisten hat, könnte dann nur mehr eine reine Repara-

turmedizin die Folge sein. Wer mehr und bessere Heilung will, letztlich länger gesünder leben will, müsste dann privat zahlen. Das muss man sich erst leisten können – also noch mehr Klassemedizin. Eine Zeitbombe.

Negative Folgen für Patient*innen und AUVA-Beschäftigte

So ausgehöhlt, könnte die AUVA ihren eigentlichen Arbeitsauftrag nicht mehr erfüllen, müsste die AUVA-Unfallversicherung der Arbeiter und Angestellten wer anderer übernehmen. Eine Idee, die schon Türkis-Blau und die Industriellenvereinigung ventiliert haben. Angedacht war schon von Türkis-Blau, dass die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Angestellten (PV) oder die Krankenkassen der Arbeiter und Angestellten, die ÖGK, übernehmen solle. Mit der AUVA-GmbH wäre auch denkbar, dass die GmbH die anderen Krankenhäuser und Einrichtungen der Sozialversicherung (SV), z.B. der PV oder Rehas, oder SV-Ambulanzen übernimmt. Eine Idee, die schon die Industriellenvereinigung intern ventiliert hat. Letztlich wollen die großen Unternehmen, die die Industriellenvereinigung vertritt und auch in der Regierung diesbezüglich Druck machte und macht, nicht mehr für Arbeitsunfälle bezahlen.

Sollten die Krankenhäuser einmal nicht mehr der AUVA gehören, könnten die Arbeitsunfälle bei der PV landen. Mit der gravierenden Folge, dass es dann keine Unfallrenten, sondern „bestenfalls“ nur mehr die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gibt, die jetzt schon immer schleppender gewährt wird.

Die AK OÖ hat dargestellt, dass in den letzten Jahren die AUVA bei der Prüfung der Arbeitsunfälle sehr restriktiv vorgegangen ist:

https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/Versehrtenrente_erst_nach_Huerdenlauf-.html.

Aufgrund der sinkenden Beitragszahlungen und Abbau von Dienstposten hat man manchmal den Eindruck, dass die AUVA eher prüft, ob das Unfallgeschehen nicht als Arbeitsunfall zu werten ist. Schuld

daran ist wohl auch, dass sich die Führungsstrukturen in der AUVA verändert haben, kaum mehr Vertreter*innen von Arbeiter und Angestellten repräsentiert sind und daher nichts vom „Spar“-Wahnsinn der Regierung verschont bleibt, sagen völlig zurecht Belegschaftsvertreter*innen.

Die Privatmedizin wartet schon in den Startlöchern

Es geht um das mutwillige Aushungern, um nach Privatmedizin rufen zu können, von der nur private Gesundheitskonzerne und finanzstarke Privatkundschaft profitieren. Beste Medizin und Heilung für alle ist dann Vergangenheit. Das kann in Zukunft für jeden von uns bedeuten, sofern er oder sie eben nicht das

nötige „Kleingeld“ hat, nach einem Unfall lebenslang schlechter zu (über)leben oder sogar früher zu sterben! Das muss uns klar sein, das sollte uns klar sein. Darüber müssen AUVA-Belegschaft gemeinsam mit AK und ÖGB und Ärztekammer massiv die Bevölkerung aufklären und Protest organisieren, damit es eben nicht so weit kommt. Freiwillig haben Regierung und Industrie ihre Pläne noch nie aufgegeben.

Was ÖVP und Unternehmer mit der SV generell vorhaben,

hat schon im Frühjahr 2017 ein Vertreter der Wirtschaftskammer im damaligen Hauptverband der Sozialversicherungsträger dargelegt: Die SV habe 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulan-

zen) – die seien „zu teuer“, privat geführte Anstalten wären „billiger“. Der Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen wäre daher zu überlegen (Kronenzeitung, 8.4.2017).



<http://prosv.akis.at>

Dieser Beitrag von proSV erschien teils in gekürzter Form zuvor schon in www.zackzack.at, <https://mosaik-blog.at/>, <http://www.zvpoe.at/> und auf unseren Webseiten: <http://prosv.akis.at> und www.prodemokratie.com

ÖGK: Milliardendefizit statt Patientenmilliarde

Mit der Propaganda der „Patientenmilliarde“ hat im Jahr 2018 die türkis-blaue Regierung die „Kassen-Reform“ in der Öffentlichkeit verkauft, um breiten Widerstand dagegen niederzuhalten.

Dass statt der „Patientenmilliarde“ durch die SV-Fusion am Ende ein Defizit produziert wird, mit dem Politik gegen die Versicherten gemacht werden kann, haben Betriebsräte, Gewerkschaften, AK damals kritisiert und auch wir als proSV auf Einladung im Sozialausschuss des Parlaments ausführlich dargelegt:

<https://www.facebook.com/kontrast.at/videos/2139996242918421/>;
https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1273/index.shtml

Die jetzigen Vorgänge bei der AUVA sollten neuerlich auch eine Warnung für alle anderen Beschäftigten und ihre Vertretungen in den anderen Sozialversicherungen und für alle Versicherten sein, insbesondere in den Kassen der Arbeiter und Angestellten, in der ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse, früher die neun Gebietskrankenkassen, GKK's) und der PVA (Pensionsversicherungsanstalt).

In der ÖGK wird das durch die SV-Fusion und die Machtverschiebung zu den Unternehmern entstehende Millionen-Euro-Fusions-Defizit von rund 200 Mio. Euro jährlich (Wiener Zeitung, 15.7.20) und durch Corona (extrem hohe Arbeitslosigkeit – dadurch weniger Beitragseinnahmen, Firmenpleiten) das ÖGK-Defizit bis 2024 auf mehrere Milliarden, auf ca. 3,21 Mrd. Euro ansteigen, so der oberste rote Dienstnehmervertreter in der ÖGK, Andreas Huss. Nicht eingerechnet sind die schon jetzt bestehenden Unternehmensschulden an die ÖGK in der Höhe von 1,1 Mrd. Euro (Kronen-Zeitung, 15.8.20), die sich wahrscheinlich auch noch erheblich erhöhen werden. Also weit und breit keine „Patientenmilliarde“!

Der oberste schwarze Dienstgebervertreter in der ÖGK, Peter Lehner, der auch Obmann der aus Bauern- und Selbständigenkasse fusionierten SVS ist, tut das als „rote Parteipropaganda“ ab. Er spricht aber gleichzeitig davon, dass ein „Konsolidierungskurs“ gefahren werden müsse (Wiener Zeitung, 15.7.20). Auch bei der ÖGK wird ähnlich wie bei der AUVA „das Defizit“ als Vorwand genommen, weitere „Einsparungen“ – auch wenn

das öffentlich noch bestritten wird – anzudenken, um damit letztlich Ausgliederungen und Privatisierungen vorzubereiten, wie ein Wirtschaftskammervertreter in der Sozialversicherung schon 2017 sagte (siehe obenstehenden AUVA-Artikel).

In einem Punkt ist man bei der ÖGK schon weiter als bei der AUVA: Zentralisiert wurde dort schon. Da durch die SV-„Reform“ schwarze Unternehmer- und Beschäftigtenvertreter gemeinsam sowohl im Dachverband der SV als auch in der ÖGK, sowie in der Beamten (BVAEB)- und Selbständigenversicherung der Bauern und Unternehmer (SVS) die Mehrheit haben, kann das Hauptziel der SV-„Reform“ wie im SV-Organisationsgesetz (SV-OG) festgehalten, angegangen werden:

„Senkung der Lohnnebenkosten, Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Anbieter von Gesundheitsdiensten“ (siehe: 329 der Beilagen XXVI. GP – Regierungsvorlage - Vorblatt und WFA 1 von 12).

Eine gefährliche Drohung für die Versicherten, wenn kein Widerstand von unten erfolgt.

*

Nachfolgendes Flugblatt haben wir bei der Demonstration gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen am 4. Juli 2020 von der Mariahilfer Straße bis zum Ballhausplatz in Wien verbreitet

Die Reichen müssen zahlen!

Die Lehren aus Corona müssen sein:

- Gesundheits- und Sozialsystem ausbauen statt kürzen
- Keine Abwälzung der Wirtschaftskrise auf die breite Masse der Bevölkerung
- Millionärsteuer
- Echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!



Unfassbar: In Österreich gehört rund 300 Superreichen über ein Drittel des Finanzvermögens, rund 50.000 Personen haben 55 Prozent. Was die Milliardäre angeht, haben, wurde zuvor über Jahrzehnte von Millionen von arbeitenden Menschen erwirtschaftet und wurde ihnen durch niedrige Löhne, Gehälter und Pensionen vorenthalten! Darüber hinaus stammen 80 bis 85 Prozent des Steuereinkommens des Staates von den arbeitenden Menschen.

Rettung? Jetzt werden 50 Milliarden Euro vom Staat, also aus unser aller Steuergeldern, in die Unternehmen gepumpt. Zur „Rettung aus der Coronakrise“ wie es heißt. Doch diese „Rettung“ hilft nur die Profite der v.a. großen Unternehmen abzusichern. Wie schon bei der Finanzkrise 2008; damals wurden die Bankschulden als Folge der Spekulationsverluste zur Bankerrottung in Staatsschulden umgewandelt. Das führte zur Abwälzung auf die Bevölkerung, zu steigender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau (z.B. 12-Stunden-Tag).

Die großen Konzerne und Banken nutzen jetzt die „Coronakrise“, um sich mit Hilfe des Staates – also mit unser aller Steuergeld – noch mehr zu bereichern. Warum geht das? Weil Staat und Wirtschaft nicht für uns da sind, sondern für die großen Unternehmen und die Vermögenden.

ÖGB und AK fordern ganz und gar berechtigt, dass das Milliardärsvermögen in Österreich einen – ganz, ganz großen Beitrag – leisten müsse, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch Umwelt entlastet und Klima geschützt werden kann. Durch die Corona-Ausnahmsgesetze dürfe auch kein demokratiepolitischer Schaden zutreffen, dürfen Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration nicht unter die Räder kommen.

Wann soll das eingefordert werden? In der Zeit nach der Krise, ist vom ÖGB-Präsidenten Kazian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt braucht die Unternehmensseite den Staat, die „Heid“innen von Corona, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern. Daher: Jetzt muss mit den 1,2 Millionen ÖGB- und über 3 Millionen AK-Mitgliedern, gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Lehrlingen und Lehrstellersuchenden, den Arbeitslosen, Student*innen und künftig Arbeit suchenden Menschen, den Schüler*innen, Druck aufgebaut und sichtbar und hörbar demonstriert werden. Gemeinsam mit den Pensionist*innen, die zuerst von Kurz und den Medien zu „schätzenswerten Gefährdeten“ erklärt wurden, „wegen“ derer die Ausnahmsmaßnahmen notwendig geworden seien, aber jetzt zunehmend zu „Gefährdeten“ abgestempelt werden, „wegen“ derer „die Jungen“ ihrer Chancen beraubt würden, weil die Wirtschaft nicht früher hochgeführt werden konnte.

Aktiv handeln, nicht nur verhandeln. Nur dann kann der weiteren Spaltung in der Gesellschaft entgegengetreten werden und können die autoritären Tendenzen in Regierung und die zunehmende Willkür der Unternehmer (siehe Laudation, AUA, Kurzarbeit ist schmach durch Firmen, Kündigungen „im Namen von Corona“ usw.) zurückgedrängt und unterbunden werden.

Es muss Druck von unten gemacht werden, für Millionärsteuern und massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für volle soziale Absicherung mit genug Einkommen zum Leben auch bei dauerhafter Arbeitslosigkeit, die die Menschen ja nicht verursacht haben.

Keine faulen Kompromisse zwischen Unternehmensseite und AK- und Gewerkschaftsspitzen, um zwar die Profite der Unternehmer, aber nicht die Existenzgrundlagen und eine lebenswerte Zukunft für die arbeitenden Menschen zu sichern.

Es ist genug für alle da, es ist nur ungerecht, also völlig ungleich verteilt!

Die Wirtschaft könnte sofort dem Gemeinwohl dienen, wenn sie nicht dem Profitstreben untergeordnet wird! Nur das dient Mensch und Natur. So ein Klimawandel muss her!

Dafür muss mobilisiert und im Betrieb und auf der Straße gemeinsam und solidarisch eingetreten werden.

- Wir brauchen keinen „starken Mann“, wir brauchen keinen autoritären Staat!
- Wir brauchen Millionärsteuern und echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Wir brauchen einen kräftigen, solidarischen Sozialstaat!



**Solidarität ist unsere
Stärke,
Widerstand unsere
Chance!**

Österreichisches Solidaritätskomitee / Plattform proSV, Süßgasse 8, 1070 Wien

oeso.lkom@gmx.at * <http://prosv.akis.at> * www.prodemoskratie.com



EINDRÜCKE von der DEMONSTRATION

Niemanden zurücklassen - Arbeitslosengeld erhöhen!

Samstag, 4. Juli 2020



Von Österreich geht keine Kriegsgefahr aus

Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik, nicht die Aufweichung, Umdeutung oder Umgehung der Neutralität, ist friedenssichernd!

Vor allem Großmächte sowie wirtschaftliche, politische und vor allem militärische Bündnisse streiten sich um Wirtschaftsräume, Einflusssphären, Rohstoffquellen auf der Welt und schrecken zur Verfolgung dieser Ziele auch vor Wirtschafts- und Handelskriegen sowie vor Aufrüstung und Krieg nicht zurück.



Österreichs Erklärung zur „immer-währenden Neutralität“ ist die Lehre aus zwei Weltkriegen. Man wollte nie mehr selbst Krieg führen oder an der Seite von Großmächten in Kriege ziehen oder sich in Kriege ziehen lassen.

Das Bundesheer ist auf die Verteidigung der „immerwährenden Neutralität“ vereidigt. Die Politik hat dies verfassungsgemäß zu garantieren. Von der einst geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung zum Schutz und Erhalt der Neutralität ist aber schon seit Jahren von der Politik und von Militärs nichts mehr zu hören. Beziehungsweise wird unsere Sicherheit von hohen Militärs nur in einer Teilnahme an der aufzubauenden EU-Armee oder gar in der NATO gesehen. Das ist das gerade Gegenteil von Neutralitätspolitik. Das ist Gewöhnung an und letztlich Einbeziehung Österreichs in kriegerische Konflikte – sei es in Europa, sei es in der Welt.

Keine Teilnahme an Bündnissen

Tatsächliche, aktive Neutralitätspolitik ist das Gebot der Stunde in einer zunehmend konfliktreichen und kriegerisch gewordenen Welt.

Natürlich, nur die „Neutralität“ ab und zu an Feiertagen hervorzuheben, ansonsten diese geflissentlich zu verschweigen oder als mit

EU- und NATO-Teilnahme vereinbar umzudeuten, ist kein taugliches Fundament für wirksame Neutralitätspolitik.

Aktive Neutralitätspolitik heißt,

sich aktiv an Friedensprozessen, an Verhandlungen und Diplomatie zur Erreichung von Deeskalation und Frieden, zu beteiligen. Es heißt, sich nicht „friedensschaffend“ militärisch zu betätigen, sondern bestenfalls friedenssichernd wie in früheren UNO-Mandaten (z.B. Sicherung von Pufferzonen zwischen Konfliktparteien etc.) jahrzehntelang erfolgreich geschehen, tätig zu sein.

Es heißt nicht, sich an Bündnissen politisch, wirtschaftlich militärisch zu beteiligen und schon gar nicht sich solchen anzudienen oder auszuliefern.

Die Teilnahme Österreichs an einer EU-Militarisierung oder gar an Konflikten oder militärischen Einsätzen von/mit anderen EU-Ländern wie EU-Missionen, EU-Battle-groups, EU-Armee, EU-PESCO, Beteiligung an Auslandseinsätzen unter NATO/EU/BRD-Kommando oder im Rahme von „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ dürfen dazu eben nicht gehören und müssen schnell wieder beendet werden!

Denn das schadet der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einer

aktiven Neutralitätspolitik! Solche Beteiligungen machen Österreich vielmehr zur Partei, letztlich zum Angriffsziel.

Erleuchtend dabei ist, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende letzten Jahres auf die Aufforderung von USA-Präsident Trump mehr für die Verteidigung zu tun zu Protokoll gab, dass Deutschland sehr wohl genug beitrage, sei doch

EU-PESCO der „europäische Teil der NATO“.

Sie hat in ihrem wöchentlichen Video-Podcast am 13.11. 2019 dazu gesagt: ... „*Deutschland ist Mitglied in der NATO. Die NATO, das transatlantische Bündnis, ist der zentrale Pfeiler unserer Verteidigung. Allerdings wird immer klarer, dass wir Europäer, die europäischen Mitgliedsstaaten in der NATO, in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Das bedeutet, dass wir auch gerade den europäischen Teil der NATO stärker zusammenführen müssen. Dazu gibt es die strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik in der Europäischen Union, die sogenannte PESCO ...*“

Merkel sagt also sinngemäß, dass PESCO zu einem EU-Teil der NATO ausgebaut werden soll!

Was hat das mit Österreich zu tun?

Viel! Österreichs Entscheidungsträger*innen haben im Jahr 2017 das EU-Abkommen PESCO unterzeichnet. Demnach bedeutet das laut Merkel auch eine indirekte NATO-Beteiligung Österreichs! Wenn das das Fundament Österreichs Verteidigung, Österreichs Neutralitätspolitik ist, na dann gute Nacht Österreich! Dann sind wir nicht beim „Friedenmachen“, sondern beim „Kriegemachen“ mit dabei.

Vorausseilender Gehorsam

An all den genannten Bündnissen muss Österreich trotz EU-Mitgliedschaft nicht zwingend teilnehmen. Dies alles ist zudem neutralitätswidrig und somit verfassungswidrig. Es braucht schon viel Chuzpe, diese Art der EU- und NATO-Teilnahme Österreichs als Schutz der Neutralität hinstellen zu wollen.

Kritik aus der neutralen Schweiz

Jüngst hat die neutrale Schweiz – mit der Österreich in der Luftraumüberwachung kooperiert – kritisiert, dass in Österreich ein sicherheitspolitisches Vakuum in Europa entstehe. Tatsächlich lehnt sich gerade das neutrale Österreich nicht zuletzt bei der Luftraumüberwachung (Stichwort „Luftpolizei“) noch mehr an NATO-Deutschland an, anstatt Neutralitäts-Kooperationen voranzutreiben.

Weil die überwältigende Mehrheit der Österreicher*innen für die Neutralität ist, all die oben angesprochenen fast unter Ausschluss der breiten Öffentlichkeit diskutierten und geschlossenen Vereinbarungen keine Unterstützung in der Bevölkerung finden würden wären sie bekannt, wird erst gar nicht viel darüber und noch weniger über die Neutralität gesprochen. In hohen Militär- und Politikkreisen scheint es nur mehr die Option zu geben, wo soll man Österreich anlehnen: an EU/Deutschland (indirekt an NATO) oder direkt an die NATO.



Um die Republik wirksam zu schützen muss die Verteidigung eben NICHT jenseits der Grenzen in Verbindung mit EU- und NATO-Partnern stattfinden, sondern eben gerade durch eine aktive Neutralitätspolitik: geistig, wirtschaftlich, politisch,

militärisch: Mit anderen neutralen und paktfreien Staaten. Wenn nicht, ist Österreich wieder, diesmal dann bei/mit der „Großmacht EU“ oder bei/mit einzelnen EU-Großmächten, beim Kriegführen und am Ende selbst als Kriegsschauplatz dabei. Wer will das? Die Bevölkerung mit Sicherheit nicht!

Dieser Beitrag ist auch als Gastkommentar am 19. 8. 2020 in der „Wiener Zeitung“ erschienen:
<https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2071891-Von-Oesterreich-geht-keine-Kriegsgefahr-aus.html>

EINLADUNG

Samstag, 24. Oktober 2020, 15.00 Uhr, ÖGB,

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, U2 Donaumarina

Konferenz des ÖGB zum 75. Jahrestag der Gründung der UNO und zum 65. Jahrestag des Beschlusses der immerwährenden **Neutralität Österreichs**

Workshops zu „Neutrales Österreich – Quo vadis?“ und „Die Rolle der UNO als globales Friedensinstrument“

Wir beteiligen uns aktiv – auch mit einem Infotisch.

Wer uns dabei unterstützen will ist herzlich eingeladen.
Anfragen bitte an: oesolkom@gmx.at

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

148/20

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Was Blümel in Wien vor hat,

hat er dem „Kurier“ vom 23.8.2020 unverblümt anvertraut. Beispiel gefällig? Also: „Der KAV (Anm. d. Red. Krankenanstaltenverbund) muss endlich ausgegliedert werden. Wien ist das einzige Bundesland, wo die Krankenanstalten noch am Gängelband der Politik hängen, wo Bürgermeister oder Stadtrat durchgreifen können ...“ Die ÖVP will offenbar auch in Wien die Privatisierung des Gesundheitssystems vorantreiben. Wie es jetzt gerade bei der AUVA passiert, wie es vor zwei Jahren bei den Krankenkassen angegangen wurde (siehe die Beiträge in dieser Zeitung). Nicht die demokratisch gewählte Vertreter (z.B. der Bürgermeister) sollen auf öffentliche Gelder, also Steuerzahlergelder, die zu 80% von den Arbeitenden und nicht von den Unternehmern stammen, „durchgreifen“ können, sondern Manager von Privatkonzernen sollen unser Geld in ihre und der Aktionäre Dividententaschen umlenken können. Blümel hängt am Gängelband dieser Privatmedizin-Investoren und sitzt im Finanzministerium noch dazu an den Schalthelmen der Republik. Wenn dann die KAV-Beschäftigten am Gängelband der profitgetriebenen Privatmedizin hängen und deren Profitwillkür ungeschützt ausgesetzt sind, ist für Blümel natürlich alles in Ordnung.

Ein weiterer Politwunsch von Blümel für Wien ist: „Keine Zuwanderung ins Sozialsystem“. Daran arbeiten die Schwarzen, die Blauen und Türkisen, ebenso wie die Neos und auch so manche SP-Granden in der Vergangenheit ja schon seit Jahrzehnten erfolgreich: Immer weniger Konzerne wandern in unser Sozialsystem zu, ja sie flüchten aus dem Sozialsystem, indem sie kaum oder keine Steuern zahlen. Wie wär's also, Herr Finanzminister, sich um die Flucht aus dem Sozialsystem zu kümmern, die Österreich um Milliarden Euro bringt. Und es ist der Finanzminister, der den großen Firmen und Finanzhaien eben keinen Riegel vorschiebt, sondern im Gegenteil den Steuersenkungswünschen der Konzerne willig nachkommt.

*

**Montag, 26. Oktober 2020
ab 9.30 Uhr**

TAG DER NEUTRALITÄT
**Neutralität statt Kriegshetze und
Kriegsteilnahme!**

Flugblattverteilkaktion ab 9.30Uhr,

Treffpunkt:

**1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem
Eingang Volksgarten zum Heldenplatz,
zwischen Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring**

*

Wer uns dabei unterstützen will ist herzlich
eingeladen. Anfragen bitte an:

oesolkom@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden
auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit
auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion
abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den
Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und
Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den
laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir suchen aus
unserem Leser*innenkreis Menschen, die uns bei der
Verbesserung der Verbreitung unserer Arbeit in den
diversen neuen elektronischen Medien und Kommuni-
kationskanälen ehrenamtlich behilflich sein wollen und
können. Bitte kontaktieren Sie uns diesbezüglich mit dem
Kennwort: Elektronische Medien unter:
oesolkom@gmx.at Herzlichen Dank!

AMS I

73.000 Überstunden haben die AMS-Beschäftigten
geleistet: Der Betriebsrat fordert berechtigt dringend eine
Aufstockung des Personals um 652 Planstellen, führt eine
Urabstimmung durch und droht mit Arbeitskampf.

AMS II

Das AMS wollte einen Algorithmus zur angeblich
schnelleren Kundenabfertigung und zum Einsparen von
Personalkosten einführen. Die Vorbehalte gegenüber dem
AMS-Algorithmus waren groß und sind vielfältig. Jetzt ist
er als rechtswidrig eingestuft worden. „Wir dürfen nicht
zulassen, dass Merkmale, auf die man keinen Einfluss hat,
entscheidend dafür sind, ob Menschen Aus- und Weiterbil-
dungen verboten werden. Algorithmische Systeme müssen
Vorurteile und Ungerechtigkeiten bekämpfen und dürfen
diese Ungerechtigkeiten nicht auch noch einzementieren“,
so die Initiatoren der Unterschriftenaktion „**Stoppt den
AMS-Algorithmus**“. Hier der Link:

<https://amsalgorithmus.at/>

TERMINE:

19. Sept. 14.00, Demo: "Uns reicht's! Wir zahlen nicht für
eure Krise!" Christian Broda-Platz, 1060 Wien

25. Sept. 2020: Weltweiter Klimastreik

Datenschutzerklärung siehe: <http://prosv.akis.at> unter:
Über uns / Impressum & Datenschutz